

# Ein Ziel und doch keine Einigkeit

Möglichst barrierefrei sollen sich in Hildburghausen auch Menschen mit Behinderung bewegen können. Das ist Anliegen einer Beschlussvorlage, die am Mittwoch im Stadtrat mehrheitlich verabschiedet wurde.

Von Waltraud Nagel

**Hildburghausen** – Regelmäßig sollen künftig Fachverbände und Vertreter von Selbsthilfegruppen im Stadtrat oder im Kultur- und Sozialausschuss angehört werden. Führungen durch bereits behindertengerecht ausgestattete Einrichtungen der Stadt sollen Betroffenen die Möglichkeiten aufzeigen, die es schon gibt. Geld für die Aktualisierung des thematischen Stadtführer für Behinderte soll im Haushaltsentwurf 2012 eingeordnet werden.

## Mehr tun für Behinderte

Bei der jeweils im Frühjahr zu erstellenden Prioritätenliste für Baumaßnahmen gilt nach dem Beschluss der Grundsatz „Behindertenfreundliche Sanierung von Gehwegen hat Vorrang vor der Sanierung von Verkehrsflächen für Karftfahrzeuge“. Zudem soll der Bürgermeister im nächsten Jahr die Verhandlungen mit dem Landkreis wieder aufnehmen, um eine behindertengerechte Stadtbuslinie einzurichten. So sieht es die ge-

meinsam von CDU und Linkspartei eingebrachte Beschlussvorlage vor.

Mit 13 Ja- zu vier Nein-Stimmen bei sieben Enthaltungen fiel die Abstimmung vergleichsweise knapp aus – obwohl ausnahmslos alle Stadträte etwas dafür tun wollen, dass auch Menschen mit einem Handicap noch besser als bisher in das öffentliche Leben der Stadt integriert werden können.

Insbesondere die Freien Wähler und die SPD hatten in vorausgegangenen Sitzungen schon kund getan, dass sie sich gerne in die ursprüngliche von CDU-Stadträtin Brigitte Wütscher angestoßene Thematik mit Ideen und Vorschlägen einbringen wollen. Am Mittwochabend appellierte Stadträtin Wütscher an die anderen Fraktionen, der Vorlage zuzustimmen. Es gehe hier nicht um Aktionismus, sondern darum, den Betroffenen die Bewältigung ihres Alltags zu erleichtern.

SPD-Fraktionschef Ralf Bumann machte aus seinem Ärger über den Schnellschuss von CDU und Linken keinen Hehl. „Noch in der Hauptausschusssitzung im Oktober war die Rede von einer gemeinsamen Vorlage. Die SPD-Fraktion hat auch noch vier Punkte hinzuzufügen.“ So sollte das Stadtbodenkonzept überarbeitet werden, damit sich auch Gehbehinderte und Rollstuhlfahrer gefahrlos in der Stadt bewegen könne. Zur Finanzierung des überarbeiteten Behindertenführers sollten die Einrichtungen herangezogen werden, die darin auch benannt sind. Zudem sollte das Info-Heft auch übers Internet zugänglich sein. Außerdem plä-

dierte Bumann dafür, ein Gesamtkonzept für eine behindertenfreundliche Stadt und daraus eine Prioritätenliste zu erstellen. Er sehe gar keinen Grund, jetzt so schnell die Beschlussvorlage zu verabschieden. „Es ist doch kein Zeitdruck da. Wir können in den Ausschüssen noch mal reden und ergänzen“, meinte der SPD-Mann.

## Kleine Schritte statt Konzept

Bürgermeister Steffen Harzer bezeichnete das von den Sozialdemokraten gewünschte Konzept zwar als „hehres Ziel“, dafür sei jedoch jetzt kein Geld da. Er plädierte für den „Weg der kleinen Schritte“, also das kurzfristig Mögliche für eine bessere Eingliederung der Menschen mit

Er warnte davor, auf einem Gesamtkonzept zu bestehen. „Damit versenken wir das Thema. Denn wir brauchen da externe Fachleute, die Verwaltung kann keine zusätzlichen Aufgaben mehr stemmen.“

Frank-Michael Czapla (Freie Wähler) zeigte sich ebenfalls befremdet von dem Vorpreschen von CDU und Linkspartei. „Wir waren uns im Hauptausschuss doch einig, eine gemeinsame Vorlage zu erstellen. Das hätte auch Sinn gemacht. Auch wir Freien Wähler hätten noch Vorschläge gehabt.“ Czapla betonte jedoch auch, er wolle diese Sache nicht auf dem Rücken der Behinderten austragen. Czapla sprach sich ebenfalls für eine Prioritätenliste aus, die im Bau- sowie im Kultur- und Sozialaus-

Czapla vor, Tamara Koch von der Stadtverwaltung als Ansprechpartnerin für Menschen mit einer Behinderung mehr bekannt zu machen. Sie leiste sehr gute Arbeit und habe schon vielen geholfen.

Hier gebot der Kreisstadtbürgermeister aber gleich Einhalt. Die Stadt könne sich keinen speziellen Ansprechpartner für diese Fragen leisten. Koch habe viele andere Aufgaben zu erledigen, und der Stellenabbau in der Verwaltung gehe weiter.

Der frisch gewählte 1. Beigeordnete Holger Obst (CDU) zeigte sich verwundert über die Debatte. Die CDU-Fraktionsvorsitzende habe das Thema eingebracht und allen Fraktion angeboten sich „anzuhängen“. Die einzigen, die sich gemeldet hätten,

wären die Linken gewesen. Dem widersprach Ralf Bumann zwar in der Sitzung nicht, weil die Debatte zum Thema dann auch abgebrochen wurde. Gegenüber *Freies Wort* erklärte er jedoch auf Nachfrage, er habe Stadt-



Mathias Günther (Linke) und Brigitte Wütscher (CDU) brachten den Beschlussvorschlag ein.

Frank-Michael Czapla (Freie Wähler) und Ralf Bumann (SPD) fühlen sich ausgebootet.

Einschränkungen ins öffentliche Leben der Stadt zu tun. Der Internethinweis sei richtig. Das werde berücksichtigt. Das Stadtbodenkonzept sei vor zwei Jahren überarbeitet worden unter Einbeziehung von Rollstuhlfahrern und Denkmalpflegern.

schuss gemeinsam erarbeitet werden könnte und unterstützte Bumanns Vorschlag, das Thema noch einmal in den Ausschüssen zu behandeln, bevor ein Beschluss im Stadtrat getroffen wird.

Außerdem schlug Frank-Michael

rätin Wütscher per Mail und auch telefonisch die Mitarbeit der SPD angeboten. Sogar ein gemeinsamer Beratungstermin sei schon angedacht gewesen, zeigte sich Bumann vom Umgang miteinander im Stadtrat enttäuscht.